



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale fordern die Regierungen in Bern und Zürich auf, die Rahmenbewilligungsgesuche für Atomkraftwerke zurückzuziehen
Für Rückfragen	- Martin Bäumle, Nationalrat, Tel. +41 79 358 14 85 - Franziska Schöni-Affolter, Grossrätin Bern, Tel. +41 79 518 58 74 - Thomas Maier, Kantonsrat Zürich, Tel. +41 78 652 06 50
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	12. Juli 2011

Grünliberale fordern die Stromkonzerne AXPO und BKW zum Rückzug ihrer Rahmenbewilligungsgesuche auf

Der Bundesrat hat im Mai 2011 die Weichen für die energiepolitische Zukunft der Schweiz gestellt und dies wurde vom Nationalrat klar bestätigt. Keine neuen Kernkraftwerke, schrittweiser Ausstieg aus der Atomtechnologie und den Weg in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft angehen mit klarem Fokus auf erneuerbare Energien und Effizienz. Ein konzentrierter und rascher Ausbau der erneuerbaren Energie und der Energieeffizienz sind notwendig, um die schrittweise Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke zu kompensieren. Hängige AKW-Projekte gefährden die Investitionssicherheit, die für das notwendige rasche und entschlossene Handeln unabkömmlich ist. Die Grünliberalen fordern insbesondere die kantonalen Regierungen von Bern und Zürich auf, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen und von ihren jeweiligen Mehrheiten in der Verwaltungsräten der Stromkonzerne AXPO und BKW Gebrauch zu machen.

Die am 4. Dezember 2008 von den beiden Stromkonzernen AXPO (Zürich) und BKW (Bern) beim Bund eingereichten Rahmenbewilligungsgesuche für den Ersatz der Kernkraftwerke in Mühleberg und Beznau sind immer noch hängig. Mit entsprechenden parlamentarischen Vorstössen in den kantonalen Parlamenten in Bern und Zürich, fordern die Grünliberalen die Regierungsräte beider Kantone auf, sich Kraft ihrer Vertretungen in den Verwaltungsräten der EKZ, AXPO und BKW für den sofortigen Rückzug des Rahmengesuches einzusetzen. Unter den veränderten Zeichen in der Energiepolitik, stehen die noch hängigen Rahmengesuche der AXPO und der BKW für den Bau neuer KKW völlig quer in der Landschaft. Ähnliche Vorstösse sollen nach der Sommerpause auch in den Kantonen Solothurn und Aargau folgen.

Franziska Schöni-Affolter, Grossrätin Kanton Bern: „Eine Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger will keine neuen AKWs. Der Rückzug der Rahmenbewilligungsgesuche ist daher der logische Schritt, gibt ein klares Signal und mehr Planungssicherheit in eine erneuerbare Energiezukunft.“

Thomas Maier, Kantonsrat Kanton Zürich: „Der Kanton Zürich besitzt inkl. dem Anteil der EKZ ein Drittel der Aktien der AXPO. Diese Kraft gilt es nun gezielt einzusetzen, dass nicht noch mehr Geld in eine unsinnige und überholte AKW – Option, sondern endlich in Erneuerbare und Effizienz, investiert wird.“

Martin Bäumle, Nationalrat und Parteipräsident: „Die Grünliberalen erwarten, dass AXPO und BKW mit dem Rückzug der Rahmengesuche rasch Klarheit schaffen und damit die neue Energiepolitik des Bundes – schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie und Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien - konsequent angehen.“

Für die Grünliberalen ist klar, dass der Wille aus Bundesbern ohne wenn und aber umzusetzen ist. Die unrealistischen Rahmenbewilligungsgesuche sollen sofort zurückgezogen werden, damit der Weg für Investitionen in Erneuerbare und Energieeffizienz frei wird: denn ein Schweizerfranken kann nur einmal investiert werden!